

Sohn, Gerhard

Article — Digitized Version

Regionale Wachstumsunterschiede in der BRD

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Sohn, Gerhard (1973) : Regionale Wachstumsunterschiede in der BRD, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 9, pp. 474-478

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134590>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Regionale Wachstumsunterschiede in der BRD

Gerhard Sohn, Düsseldorf

In der Nachkriegszeit und bis Ende der fünfziger Jahre vollzog sich das Wachstum in fast allen Wirtschaftsbereichen und Regionen der Bundesrepublik nahezu problemlos. In der vollbeschäftigten Wirtschaft der sechziger Jahre verlief die Entwicklung dagegen wesentlich differenzierter.

Zu den wirtschaftspolitischen Zielen, denen sich Bund und Länder laut Stabilitätsgesetz¹⁾ verpflichtet fühlen, zählt das Erreichen eines stetigen und angemessenen wirtschaftlichen Wachstums. Aber nicht immer steht der Wachstumsprozeß, wie er sich in der Wirklichkeit abspielt, mit den wirtschaftspolitischen Erfordernissen in Einklang. Die Erfahrung zeigt, daß die Entwicklung arbeitsteiliger Volkswirtschaften neben konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit auch erheblichen strukturellen Wandlungen unterworfen ist, die vielfältige Erscheinungsformen haben. Neben Wandlungen der sektoralen Wirtschaftsstruktur bzw. Bereichsstruktur sind vor allem Änderungen in der regionalen Wirtschaftsstruktur und damit im Verhältnis der Regionen untereinander zu beobachten, die dem unterschiedlichen regionalen Wachstumstempo zuzuschreiben sind.

Unterschiedliche Sozialproduktzunahmen

Vergleicht man das reale Bruttoinlandsprodukt, das allgemein als Ausdruck der realen Wirtschaftsleistung eines Raumes während einer bestimmten Periode angesehen wird, des Jahres 1970²⁾ mit

Dr. Gerhard Sohn, 31, ist als Referent für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung beim Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf tätig. Bis Ende 1971 war er Mitarbeiter von Sachverständigenratsmitglied Prof. Gutowski.

dem realen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1960 in den Bundesländern, dann zeigen sich erhebliche Wachstumsdifferenzen (vgl. Tab. 1).

Rheinland-Pfalz lag mit einem Zuwachs von 77% an der Spitze, gefolgt von Hessen und Bayern mit jeweils 75% Wachstum. Günstiger als im Bundesdurchschnitt (61%) entwickelte sich noch die reale Produktionsleistung in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein mit einer Veränderung von 70% bzw. 63%. Das bevölkerungsstärkste Land Nordrhein-Westfalen (54%) zählte ebenso wie Hamburg (53%) schon zu den wachstumsschwachen Bundesländern. In Niedersachsen (50%), Berlin (48%), Bremen (43%) und im Saarland (34%) wurden während des genannten Zeitraums im Durchschnitt noch niedrigere Zuwächse erzielt. Die Anteile der einzelnen Bundesländer am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik, wie sie 1960 noch bestanden, haben sich demnach aufgrund der Wachstumsdifferenzen zugunsten der wachstumsstarken Regionen verschoben.

Um die regionale Abweichung von der gesamt-räumlichen Entwicklung zu verdeutlichen, ist es zweckmäßig, einen sogenannten Regionalfaktor³⁾

1) Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967.

2) Angaben über das reale Bruttoinlandsprodukt in tiefer Bereichsgliederung, wie sie den hier vorgetragenen Überlegungen zugrunde liegen, existieren zur Zeit nur bis zum Jahre 1970. Sie werden für das Bundesgebiet vom Statistischen Bundesamt und für die Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, dem die Statistischen Landesämter in der Bundesrepublik angehören, ermittelt.

3) Vgl. hierzu den methodischen Ansatz von H. Gerfin: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung. In: *Kyklos*, Bd. 17 (1964), S. 565-593, S. 582.

Tabelle 1
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts
in den Bundesländern 1960/1970
 (1962 = 100)

Region	Anteile am Bundesergebnis 1960 in %	Meßziffer 1960-70
Schleswig-Holstein	3,3	163
Hamburg	5,3	153
Niedersachsen	10,4	150
Bremen	1,7	143
Nordrhein-Westfalen	30,4	154
Hessen	8,5	175
Rheinland-Pfalz	5,1	177
Baden-Württemberg	14,3	170
Bayern	15,1	175
Saarland	1,8	134
Berlin	4,1	148
Bundesgebiet	100	161

zu bestimmen, der wie folgt errechnet werden kann: Dividiert man das reale Bruttoinlandsprodukt des Berichtsjahres durch das reale Bruttoinlandsprodukt des Ausgangsjahres, dann erhält man eine Wachstumsmeßziffer pro Region. Der Regionalfaktor ist dann definiert als das Verhältnis der Meßziffer des Teilraumes zur Meßziffer des Gesamtgebietes. Bei überdurchschnittlichem regionalem Wachstum ist der Regionalfaktor größer als Eins, bei nur unterdurchschnittlicher regionaler Entwicklung kleiner als Eins. Die Regionalfaktoren der einzelnen Bundesländer sind in Tabelle 2 aufgeführt.

Keine Vergleichstendenzen beim Wachstum

Ob die zu beobachtenden regionalen Abweichungen vom gesamtwirtschaftlichen Entwicklungspfad wirtschaftspolitisch als günstig oder ungünstig einzustufen sind, hängt von der Zielsetzung der mit der Regionalpolitik betrauten Instanzen ab. Man könnte sich beispielsweise vorstellen, daß

Tabelle 2
Regionale Wachstumsunterschiede
im Bundesgebiet
 1960-1970

Region	Regionalfaktor	Strukturfaktor	Standortfaktor
Schleswig-Holstein	1,007	0,952	1,058
Hamburg	0,946	1,070	0,884
Niedersachsen	0,929	0,973	0,955
Bremen	0,888	0,963	0,921
Nordrhein-Westfalen	0,953	0,998	0,956
Hessen	1,085	1,022	1,061
Rheinland-Pfalz	1,095	1,029	1,064
Baden-Württemberg	1,054	1,010	1,044
Bayern	1,085	0,981	1,106
Saarland	0,830	0,912	0,910
Berlin	0,915	1,016	0,900

die Regionalpolitiker das Ziel verfolgen, die regionalen Wachstumsraten möglichst der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung anzugleichen⁴⁾. Dahinter mag sich die Absicht verbergen, ein Auseinanderklaffen der regionalen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit oder womöglich eine Auseinanderentwicklung im regionalen Wohlstandsniveau zu vermeiden.

Haben sich nun die Wachstumsraten der Bundesländer einander angeglichen, oder anders gefragt, haben sich die regionalen Wachstumsunterschiede im Bundesgebiet verringert? Ein Blick auf die Fakten beweist eher das Gegenteil. Die Streuung der Regionalfaktoren hat 1960/70 gegenüber der Vorperiode 1950/60 sogar noch zugenommen. Der Variationskoeffizient als relatives Streuungsmaß beträgt für den Zeitraum 1960/70 8,7 %, während er im Zeitraum 1950/60 lediglich 2,4 % ausmachte⁵⁾. Ein Grund für dieses Ergebnis dürfte darin gelegen haben, daß sich in der Nachkriegszeit und bis Ende der fünfziger Jahre das Wachstum in der Bundesrepublik nahezu problemlos vollzog. Der große Nachholbedarf und die dadurch bedingten günstigen Nachfragebedingungen, das in der damaligen Zeit noch relativ elastische Arbeitsangebot sowie das Fehlen von Infrastrukturgrenzen schufen günstige Wachstumsvoraussetzungen, von denen nahezu alle Wirtschaftsbereiche und Regionen gleichermaßen profitierten. In der vollbeschäftigten Wirtschaft der sechziger Jahre waren diese Bedingungen nicht mehr im gleichen Ausmaß gegeben, so daß sich seitdem der Fortschritt wesentlich differenzierter vollzog.

Verringerung des Leistungsgefälles

Nun muß man freilich einräumen, daß die Angleichung der regionalen Wachstumsraten keineswegs als eine unter allen Umständen sinnvolle Zielsetzung gelten kann. Bei stark unterschiedlicher regionaler wirtschaftlicher Leistungskraft zum Ausgangszeitpunkt – gemessen durch das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Produktivität) – wären gleiche regionale Wachstumsraten gleichbedeutend mit einer Verfestigung eines bestehenden regionalen Leistungsgefälles. Umgekehrt heißt dies: Ein bestehendes wirtschaftliches Leistungsgefälle ist letztlich nur dadurch zu beeinflussen, daß man regionale Abweichungen vom gesamträumlichen Wachstum zuläßt oder sogar anstrebt. Eine Angleichung im Leistungsgefälle wird sich dann ergeben, wenn Regionen mit unterdurchschnittlichem Produktivitätsniveau überdurchschnittlich expandieren bzw. produktivitätsstarke Länder nur relativ langsam wachsen. Um-

4) Vgl. H. Giersch: Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 14 (1963), S. 386-400, S. 388.

5) Ohne Saarland und Berlin (West).

gekehrt verhält es sich, wenn die produktivitätsschwachen Länder im Wachstumstempo hinter den produktivitätsstarken Ländern zurückbleiben.

In der BRD haben die Wachstumsunterschiede, wie ein Produktivitätsvergleich zwischen den Bundesländern im Jahre 1970 mit dem Jahre 1960 zeigt, das wirtschaftliche Leistungsgefälle verringert. Während der Variationskoeffizient 1960 noch bei 5,3% lag, betrug er 1970 nur noch 3,1%. Damit steht die zu beobachtende Entwicklung mit dem wirtschaftspolitisch Gewollten in Einklang, da nach den in der BRD vorherrschenden regionalpolitischen Vorstellungen die Bundesländer annähernd gleich leistungsfähig sein sollen.

Offen bleibt indes immer noch die Frage, ob dieses Ergebnis schon als befriedigend gewertet werden kann oder, was wichtiger ist, ob mit den auf Ausgleich hinwirkenden Kräften auch in Zukunft zu rechnen ist. Welche Antwort man auch geben mag, auf jeden Fall erweist es sich als notwendig, den Gründen nachzuspüren, die die unterschiedliche Entwicklung in den Regionen bedingen.

Wachstum der Wirtschaftszweige

Einige Anhaltspunkte für die Ursachen regionaler Abweichungen vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum lassen sich mit Hilfe einer Struktur- oder Shiftanalyse gewinnen⁶⁾. Ausgangspunkt ist hierbei der Tatbestand, daß sich die einzelnen Wirtschaftsbereiche in einer Volkswirtschaft außerordentlich unterschiedlich entwickeln können. Wirft man einen Blick auf die Verhältnisse in der BRD, so kann man feststellen, daß beispielsweise das reale Bruttoinlandsprodukt in der Landwirtschaft nur um 11%, in der Chemischen Industrie dagegen um 180% zugenommen hat. Sicherlich handelt es sich bei dem Ausmaß dieses Entwicklungsunterschiedes um einen Extremfall. Es wird sich jedoch ohne Schwierigkeiten nachweisen lassen, daß kein einziger Wirtschaftszweig in der BRD mit der gleichen Rate wie das gesamte reale Bruttoinlandsprodukt gewachsen ist.

Bereiche mit, gemessen am Bundesdurchschnitt, überdurchschnittlichem Wachstum bezeichnet man als Wachstumsbereiche, Bereiche mit unterdurchschnittlichem Wachstum als Schrumpfungsbereiche. Ursache dieser Entwicklungsdivergenzen in den einzelnen Branchen sind neben Nachfrageänderungen bzw. Änderungen in den Konsumgewohnheiten und dem technisch-organisatorischen Fortschritt auch gewisse institutionelle Änderungen, wie sie beispielsweise mit dem Ausbau der Europäischen Gemeinschaft einhergehen.

Selbst wenn man einmal von der wirklichkeitsfernen Annahme ausgeht, daß sich die Branchen-

entwicklung regional nicht unterscheidet, ergeben sich regional unterschiedliche Wachstumsraten für das gesamte Bruttoinlandsprodukt. Dies ist der Tatsache zuzuschreiben, daß die sich unterschiedlich entwickelnden Branchen ungleichgewichtig über den Raum verteilt sind. Der Bergbau z. B. hat in der Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens ein anderes Gewicht als im übrigen Bundesgebiet, und die Schiffbauindustrie ist so gut wie ausschließlich in den norddeutschen Küstenländern vertreten. Allgemein läßt sich sagen, daß es kaum einen Wirtschaftszweig gibt, dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt regional nicht streut. Dieser Differenzierungseffekt auf die Wirtschaftsentwicklung der Regionen, der aus der unterschiedlichen regionalen Bereichsstruktur resultiert, kann als Struktureffekt bezeichnet werden.

Regionale Branchenentwicklungen

Unabhängig von der unterschiedlichen Bereichsstruktur in den Bundesländern gibt es einen zweiten Faktor, der eine vom Wachstum des Gesamtgebietes abweichende Regionalentwicklung bewirkt. Neben Wachstumsunterschieden zwischen den Bereichen existieren mehr oder weniger ausgeprägte regionale Abweichungen in der Entwicklung der Branchen. Das Textilgewerbe hat sich, um ein Beispiel zu nennen, in Berlin günstiger entwickelt als in Hamburg, der Bergbau in Nordrhein-Westfalen günstiger als im Saarland. In den unterschiedlichen regionalen Wachstumsraten schlagen sich deshalb auch die verschiedenen Standorteinflüsse nieder, die die Wirtschaftsbereiche im Raum vorfinden. Zu diesen Standorteinflüssen bzw. Standortfaktoren zählen beispielsweise die vorhandenen Verkehrsbedingungen, die räumlich unterschiedlichen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt oder auch die räumliche Nähe der Absatz- und Beschaffungsmärkte⁷⁾. Selbstverständlich kommen im regional unterschiedlichen Branchenwachstum auch betriebsindividuelle Faktoren wie überdurchschnittliche Unternehmerleistungen und günstige Betriebsgrößen sowie Unzulänglichkeiten im statistischen Erhebungssystem zum Ausdruck.

In welchem Ausmaß sich die bestehenden Wachstumsunterschiede zwischen den Regionen auf Standorteinflüsse einerseits und Standorteinflüsse andererseits zurückführen lassen, kann statistisch

⁶⁾ Vgl. neben der bereits zitierten Abhandlung von Gerfin die Arbeiten von H. Bergschmidt: Zur Messung und Erklärung von regionalen Wachstumsunterschieden in der Bundesrepublik. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 174 (1962), S. 513-520, und von E. R. Baumgart: Der Einfluß von Strukturveränderungen auf die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Industrie seit 1950 (DIW-Sonderheft 70), Berlin 1965.

⁷⁾ Vgl. D. Schröder: Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968, S. 99 ff.; W. Uebe: Industriestruktur und Standort. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967, S. 44 ff.

relativ einfach durch Aufspaltung des Regionalfaktors in eine Struktur- und in eine Standortkomponente nachgewiesen werden⁹⁾. Der Strukturfaktor, bei dem es sich letztlich um einen von Standorteinflüssen bereinigten Regionalfaktor handelt, kennzeichnet jenen Teil der regionalen Abweichung vom gesamtträumlichen Wachstum, der allein der überkommenen Bereichsstruktur zuzuschreiben ist. Im Standortfaktor hingegen kommt der regionale Entwicklungsunterschied zum Ausdruck, der allein auf den unterschiedlichen branchenspezifischen Wachstumsraten in den Teilräumen beruht. Beide Faktoren sind multiplikativ miteinander verknüpft, so daß die Beziehung $\text{Regionalfaktor} = \text{Strukturfaktor} \times \text{Standortfaktor}$ gilt.

Wirtschaftsstruktur und Wachstum

Eine Vorstellung vom quantitativen Ausmaß der strukturellen und standortbedingten Einflüsse auf das Wachstum der Bundesländer vermitteln die in Tabelle 2 aufgeführten Zahlenangaben. Die Berechnungsergebnisse zeigen, daß die länders-

weise divergierenden Ausgangsstrukturen nur zu einem relativ geringen Teil die zu beobachtenden Wachstumsunterschiede erklären können.

In den wachstumsstarken Ländern Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg streuen die Strukturfaktoren relativ eng um den Wert Eins. Er beträgt für Rheinland-Pfalz 1,029, für Hessen 1,022, für Baden-Württemberg 1,010 und für Bayern sogar 0,981. Die strukturbedingte prozentuale Wachstumsabweichung liegt, gemessen am Bundesdurchschnitt, bei + 2,9% in Rheinland-Pfalz, bei + 2,2% in Hessen, bei + 1,0% in Baden-Württemberg und im Falle Bayerns sogar bei - 1,9%. Im bevölkerungsstärksten und wirtschaftlich wichtigsten Bundesland Nordrhein-Westfalen spielt der strukturbedingte Wachstumseffekt so gut wie keine Rolle. Der Strukturfaktor liegt nur knapp unter 1, die prozentuale Wachstumsabweichung bei - 0,2%. Dies kann als Hinweis dafür gewertet werden, daß die Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens derjenigen des

⁹⁾ Zur formalen Aufspaltung des Regionalfaktors vgl. H. Gerfin, a. a. O., S. 585 f.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Rolf Steffens

DIE PRAXIS DES OSTHANDELS

Der Ost-West-Handel ist durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet, die für den westlichen Partner spezielle Verhaltensweisen bei der Geschäftsanbahnung und -abwicklung erforderlich machen. Die vorliegende Studie vermittelt einen umfassenden Überblick über die Außenhandelsorganisationen der RGW-Länder und gibt dem Praktiker des Osthandels wichtige Hinweise zur Lösung von Problemen im Ost-Handel. Zahlungsformen, Sicherung und Finanzierung von Exportkrediten und Kompensationsgeschäfte werden ebenso dargestellt wie Besonderheiten der Werbung und Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit bei Vertragsstreitigkeiten.

Großoktav, 138 Seiten, 1973, Preis brosch. DM 27,-

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Bundesgebiets außerordentlich stark ähnelt, was sicherlich auch auf die Größe dieses Bundeslandes zurückgeführt werden kann.

Am nachhaltigsten bemerkbar macht sich die überkommene Wirtschaftsstruktur im Stadtstaat Hamburg und im Saarland, und zwar einmal im positiven und einmal im negativen Sinne. Der Strukturfaktor Hamburgs liegt bei 1,070, was einem strukturbedingten Wachstumsgewinn von +7% gleichkommt. Das Saarland steht mit einem Strukturfaktor von 0,912 und damit mit einem strukturbedingten Wachstumsverlust von -8,8% am Ende der Rangfolge der Bundesländer. Das starke Gewicht der wachstumsschwachen Sektoren Bergbau sowie der Eisen- und NE-Metallerzeugung in dieser Region dürfte dieses ungünstige Ergebnis entscheidend beeinflusst haben.

Einfluß der Standortfaktoren

Das unterschiedliche Expansionstempo der Bundesländer wurde stärker durch die Standortfaktoren bestimmt als durch die Wachstumseinflüsse, die auf überkommenen Bereichsstrukturen basie-

ren (vgl. Tab. 2). Statistisch bedeutet dies, daß die Höhe des Regionalfaktors, der die gesamte regionale Wachstumsabweichung mißt, entscheidend durch den Standortfaktor geprägt ist.

In den mit ihrer wirtschaftlichen Expansionskraft an der Spitze liegenden Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen bestimmt die Standortkomponente zu über zwei Drittel, in Baden-Württemberg zu über drei Viertel den gesamten regionalen Wachstumsgewinn. In Bayern und in Schleswig-Holstein konnte der positiv wirkende Standorteffekt die negativen Struktureinflüsse mehr als aufwiegen, so daß sich im Endergebnis ein relativer Wachstumsgewinn einstellte. Umgekehrt liegen die Verhältnisse in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Hier wurde der durch eine günstige Ausgangsstruktur bedingte Wachstumsvorsprung durch die Standortfaktoren mehr als eingeholt, so daß sich im Endergebnis beachtliche relative Wachstumsverluste ergeben. In den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und im Saarland wirken Standort- und Struktureinflüsse in der gleichen negativen Richtung und kumulieren sich zu einem relativen Wachstumsverlust. Im Saarland sind beide Komponenten etwa zu gleichen Teilen, in Niedersachsen und in Bremen sogar zu zwei Dritteln an dem außergewöhnlich hohen Entwicklungsrückstand beteiligt. In Nordrhein-Westfalen ist das unter dem Durchschnitt liegende Wachstumsergebnis fast ausschließlich Standortfaktoren zuzuschreiben. Die meisten Wirtschaftsbereiche erzielten lediglich unter dem Durchschnitt liegende Wachstumsraten.

Nachteile durch Infrastrukturengpässe

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der Standortfaktor in den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sowie in den besonders stark industrialisierten Gebieten Nordrhein-Westfalen und Saarland besonders niedrig, in den eher ländlich oder kleingewerblich strukturierten Ländern Bayern und Rheinland-Pfalz dagegen relativ hoch liegt.

Möglicherweise haben sich, was die Stadtstaaten anbetrifft, die in Ballungszonen häufig zu beobachtenden Engpässe in der Infrastruktur nachteilig ausgewirkt, so daß sich eventuell zahlreiche Unternehmer genötigt sahen, neu zu treffende Standortentscheidungen zugunsten entwicklungs-fähigerer Gebiete zu treffen. Hinsichtlich der Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen und im Saarland dürfte es auch eine Rolle gespielt haben, daß sich die in den früheren Jahren aufgrund der Kohlevorkommen vorhandenen Standortvorteile heute eher als expansionshemmend erweisen, da inzwischen die übrigen Regionen Anschluß an kostengünstigere Energiequellen anderer Art gefunden haben.

VDEW

Betriebsstatistik 1971

DIN A 4, 494 Seiten, DM 198.-

In der Reihe der Jahrgangfolgen der VDEW-Betriebsstatistik liegt der Band 1971 vor. Er bietet mit einer vollständigen Darstellung der Einzelangaben von 755 Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen einen umfassenden und zuverlässigen Überblick über die öffentliche Elektrizitätserzeugung und -versorgung in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West).

Im tabellarischen Teil I **Leistung und Arbeit** ist der Firmenname des Unternehmens, der Sitz seiner Verwaltung und die Unternehmensform, die über die Kapitalbeteiligung Auskunft gibt, ausgewiesen.

Der Teil II **Betriebsmittel** enthält die einzelnen Kraftwerke der Unternehmen.

Die **Gesamtergebnisse** fassen die Einzelangaben der Unternehmen in übersichtlichen Tabellen und mehrfarbigen graphischen Darstellungen auf 52 Seiten zusammen.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt bei



**Verlags- und Wirtschaftsgesellschaft
der Elektrizitätswerke mbH – VDEW**
6000 Frankfurt/Main 70
Stresemannallee 23 · Telefon 61 03 21